

Aus Bund und Ländern

## Herzklappen: Niedriger Höchstpreis empfohlen

SIEGBURG. Die Arbeitsgemeinschaft der Spitzenverbände der Krankenkassen hat den Krankenkassen empfohlen, künftig nur noch einen Preis in Höhe von höchstens 3 300 DM je Herzklappe zu akzeptieren. Soweit in vertraglichen Vereinbarungen über Sonderentgelte und Fallpauschalen für Herzoperationen Kosten für eine Herzklappe von mehr als 3 300 DM kalkuliert worden sind, sollen die Zahlungen des darüber hinausgehenden Betrages ab sofort unter Vorbehalt erfolgen. Zur Zeit wird den Krankenkassen für mechanische Herzklappen (rund 90 Prozent Marktanteil) ein Durchschnittspreis von 6 300 DM berechnet. Die Krankenkassen kündigten an, daß sie zu Jahresende 1994 entsprechend der Zahl der Implantationen „zu hoch gezahlte“ Herzklappenpreise verrechnen werden.

Die Krankenkassen haben sich darüber verständigt, mit den Vertriebsfirmen von Herzklappen „schnellstmöglich“ in direkte Preisverhandlungen einzutreten. Die Krankenhausträger und Krankenhausverwaltungsdirektoren wurden aufgefordert, den Krankenkassen mitzuteilen, ob im Zusammenhang mit dem Kauf von Herzklappen Naturalrabatte eingeräumt und/oder Spendengelder auf Drittmittelkonten gezahlt wurden. EB

## Gesundheitsbelange im Städtebau

KÖLN. Nahezu alle Gesundheitsämter, aber nur ein Drittel der Stadtplanungsämter halten eine Gesundheitsverträglichkeitsprüfung in der Stadtplanung für erforderlich. Bereits heute werden fast alle Gesundheitsämter an der Bauleitplanung beteiligt, wenn auch derzeit nur wenige

dieser Ämter ihre Vorstellungen bereits in einer frühen Planungsphase einbringen können. Dies ergab eine Befragung der zuständigen Ämter deutscher Großstädte mit über 100 000 Einwohnern, die der Fachbereich Architektur der TU Berlin in Zusammenarbeit mit dem dortigen „Forschungsverbund Public Health“ durchführte.

Die Ergebnisse deuten immerhin auf ein relativ breites Gesundheitsverständnis aller beteiligten Ämter im Städtebau hin. Vorhanden ist offenbar überall das Bewußtsein, daß im Rahmen städtebaulicher Planung viele gesundheitsbezogene Belange tangiert werden. Wenn diese Dinge noch nicht genügend berücksichtigt werden, so liegt das aus der Sicht der Verwaltungsmitarbeiter hauptsächlich an der Aufgabenzuständigkeit und dem

Ressortzuschnitt der beteiligten Ämter. In der Mehrzahl der Städte ist heute eine eigene Gesundheitsverträglichkeitsprüfung noch nicht eingeführt. Die Planungsämter weisen darauf hin, daß ein solches Instrument nicht unbedingt zu verbesserten Lösungen führe, das Problem liege im unzureichenden Einsatz bereits vorhandener Möglichkeiten.

Die in Deutschland seit 1990 vorgeschriebene Umweltverträglichkeitsprüfung ist eine dieser Rechtsgrundlagen. Sie soll die Auswirkungen privater und öffentlicher Vorhaben auf die Umwelt vor ihrer Realisierung prognostizieren und bewerten. Obwohl im Gesetz der Mensch ausdrücklich an erster Stelle genannt wird, ist die Berücksichtigung gesundheitlicher Belange in solchen Prüfungen bisher unzureichend. IW

Ausland

## Aufruf zum Boycott von Hoechst-Produkten

WASHINGTON. Mehrere Organisationen von Abtreibungsgegnern in den USA haben zum Boycott von Produkten des deutschen Pharma-Konzerns Hoechst und seiner französischen Tochtergesellschaft Roussel Uclaf aufgerufen. Sie reagierten damit auf die geplante Einführung der Abtreibungspille RU 486 in den Vereinigten Staaten, die von Roussel Uclaf hergestellt wird. Das Unternehmen hatte mitgeteilt, daß es dem amerikanischen Population Council alle Rechte auf RU 486 für den US-Markt überlassen werde. Die Abtreibungspille soll zunächst in klinischen Studien erprobt werden.

Der Population Council ist eine international tätige, gemeinnützige Organisation. Sie unterstützt auch die Entwicklung von Methoden zur Familienplanung. Das überregionale Büro und biomedizinische Labors liegen in New York City. Darüber hinaus gibt es 16 Büros in aller Welt. 1992 standen der Organisation 40 Millionen US-Dollar zur Verfügung. Finanziert wird der Council von den Vereinten Nationen, Regierungen, Stiftungen, nicht-staatlichen Organisationen und Einzelspendern. afp/th

## Niederlande: Euthanasie-Gesetz in Kraft

DEN HAAG. Nach mehr als 20jähriger Debatte ist in den Niederlanden ein neues Gesetz zur Regelung der Sterbehilfe in Kraft getreten. Mit dem neuen Gesetz werden die Ärzte verpflichtet, Sterbehilfe für einen Patienten in einem komplizierten Verfahren zu beantragen. Ärzte, die sich nicht an dieses Verfahren halten, müssen mit mehrjährigen Gefängnisstrafen rechnen. afp

## Spendenbitten

Jährlich fährt eine Gruppe von St. Petersburger Pädagogen in die unterversorgte Region von Wologda, um die dort lebenden Kinder zu untersuchen und zu behandeln. Um auch in diesem Sommer die Betreuung der Kinder gewährleisten zu können, bittet die *Deutsche Ärztegemeinschaft für medizinische Zusammenarbeit* um medizinische Geräte und Instrumente. Auch Geldspenden sind willkommen. Informationen: Deutsche Ärztegemeinschaft für medizinische Zusammenarbeit, Prenzlauer Allee 90, 10409 Berlin, Tel und Fax 0 30/4 21 38 28. Bankverbindung: Berliner Volksbank, Konto 140 24 24 7, BLZ 100 900 00, Kennwort: Wologda.

Zur ärztlichen Betreuung der bosnischen Flüchtlinge und der einheimischen Bevölkerung hat *Care Deutschland* 25 Ambulatorien im kroatisch-bosnischen Grenzgebiet und in entlegenen Gebieten Kroatiens eingerichtet. Dafür bittet die Organisation um Spenden. Kontaktadresse: Care Deutschland e.V., Herbert-Rabius-Straße 26, 53225 Bonn, Tel 02 28/9 75 63-0, Fax 9 75 63-51. Bankverbindung: Konto 33 33 33, alle Bonner Geldinstitute, Deutsche Apotheker- und Ärztekasse Düsseldorf, Landesbank Mainz, Postbank Köln.

Der *Arbeitskreis Hilfe für Tschernobyl-geschädigte weißrussische Kinder* sammelt medizinische Geräte und Instrumente für Ärzte in Weißrußland. Ansprechpartner: Arbeitskreis Hilfe für Tschernobyl-geschädigte weißrussische Kinder, Marion Remsperger, Am Hasenberg 2, 65719 Hofheim-Lorsbach, Tel 0 62 91/64 77, Fax 2 10 42. EB

Die Redaktion des Deutschen Ärzteblattes kann keine Verantwortung für die Angaben übernehmen, da sie auf Informationen der genannten Organisationen beruhen.